

A Service of



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre

Bach, Stefan; Wittenberg, Erich

Article

Eine Wiedereinführung der persönlichen Vermögensteuer birgt Risiken: Sieben Fragen an Stefan Bach

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bach, Stefan; Wittenberg, Erich (2009): Eine Wiedereinführung der persönlichen Vermögensteuer birgt Risiken: Sieben Fragen an Stefan Bach, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 30, pp. 479-

This Version is available at: https://hdl.handle.net/10419/151817

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Sieben Fragen an Stefan Bach

"Eine Wiedereinführung der persönlichen Vermögensteuer birgt Risiken"

Herr Dr. Bach, die Höhe der Vermögensbesteuerung sorgt in regelmäßigen Abständen für eine breite Diskussion. Wie wichtig ist sie aus fiskalischer Sicht?

Das Aufkommen der Vermögensbesteuerung in Deutschland lag in den letzten Jahren bei einem Niveau von unter einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ist im internationalen Vergleich relativ niedrig. In der EU haben wir ein Belastungsniveau von etwa zwei Prozent, das heißt viele Länder erzielen aus diesen Steuern ein deutlich höheres Aufkommen.

Die OECD empfiehlt Deutschland, die vermögensbezogene Besteuerung zu stärken. Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?

Vermögensteuern wie Grund- und Erbschaftsteuer haben keine großen negativen wirt-

schaftlichen Wirkungen. Die Grundsteuer ist als Gemeindesteuer sinnvoll, weil sie in den Kommunen öffentliche Leistungen entgeltet, die diese für die Bürger bereit-

stellen. Mit der Erbschaftsteuer, die ja erst am Lebensende anfällt, möchte man die Chancengleichheit in der Gesellschaft erhöhen.

Welche Folgen hätte eine sogenannte "Reichensteuer", die nur die oberen zehn Prozent der Bevölkerung belasten würde?

Die Vorschläge zur persönlichen Vermögensteuer oder auch einer einmaligen Vermögensabgabe stellen bezogen auf den laufenden Vermögensertrag eine relativ hohe Belastung dar. Diese hohen Steuersätze lösen Ausweichreaktionen aus, weil reiche Leute mit ihren Kapitalanlagen oder auch Unternehmer gewisse Gestaltungsmöglichkeiten haben, dieser Steuerbelastung zu entgehen. Zudem ist es gar nicht so einfach, das Vermögen richtig zu bewerten. Wenn man jetzt höhere Steuersätze auf das Vermögen erhebt, spielt diese Bewertungsproblematik eine zunehmend größere Rolle.

Wie verhindern andere Länder Ausweichreaktionen der Vermögenden?

Die allgemeinen Vermögensteuern wurden international eher abgebaut. In anderen Ländern

resultiert das sehr hohe Aufkommen

aus der Vermögensbesteuerung vor allem aus der Grundsteuer oder auch aus Kapitalverkehrsteuern wie der Grunderwerbsteuer sowie zum Teil auch aus Börsenumsatzsteuern.

Welche Maßnahmen gingen zu Lasten der Wohlhabenden und welche zu Lasten der geringer Verdienenden?

Die Grundsteuer und auch die Grunderwerbsteuer belasten die Allgemeinheit. Jeder Wohnungsinhaber und jeder, der sich ein Grundstück kauft, ist davon betroffen. Die Erbschaftsteuer und die persönliche Vermögensteuer belasten hingegen ganz gezielt die wohlhabenden Teile der Bevölkerung, und sie können auch einen nennenswerten Beitrag zur Vermögensumverteilung leisten.

Das Grundvermögenmuss komplett neu bewertet werden.

Wo besteht Handlungsbedarf?

Dringenden Handlungsbedarf gibt es bei der Grund-

steuer, denn dort verwenden wir immer noch uralte steuerliche Einheitswerte aus dem Jahr 1964 in Westdeutschland und 1935 in Ostdeutschland. Hier müsste man dringend eine komplette Neubewertung des Grundvermögens durchführen. Bei der Gelegenheit könnte die Grundsteuer in ihrem Aufkommen gestärkt werden, weil sie eine sehr gute Kommunalsteuer ist. Zum anderen gibt es nach wie vor Reformbedarf bei der Erbschaftsteuer. Die gerade abgeschlossene Reform ging mit Vergünstigungen für Betriebs- und Grundvermögen in die falsche Richtung. Besser wäre eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Und die Vermögensteuer?

Eine Wiedereinführung der persönlichen Vermögensteuer auf das gesamte Vermögen oder eine Vermögensabgabe sehe ich skeptisch. Wenn man das will, dann sollte man eher die Kapitalertragsteuersätze und die Gewinnsteuersätze wieder etwas anheben. Doch auch hier muss man sich der Diskussion stellen, ob das im internationalen Wettbewerb überhaupt sinnvoll ist.

Dr. Stefan Bach, Stellvertretender Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin

Das Gespräch führte Erich Wittenberg. Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de

Wochenbericht Nr. 30/2009 vom 22. Juli 2009

Impressum

DIW Berlin Mohrenstraße 58 10117 Berlin Tel. +49-30-897 89-0 Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident) Prof. Dr. Tilman Brück Dr. habil. Christian Dreger Prof. Dr. Claudia Kemfert Prof. Dr. Alexander Kritikos Prof. Dr. Viktor Steiner Prof. Dr. Gert G. Wagner Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Kurt Geppert Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths PD Dr. Elke Holst Susanne Marcus Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic Tel. +49 – 30 – 89789–249 presse @ diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice @ diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,– Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten) Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende ISSN 0012-1304 Bestellung unter leserservice @ diw.de

Catz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice @ diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier.